

+++ Kommentar +++

SIND ALLE DUMM ODER UNIFORMIERT, DIE DIE EU-POLITIK KRITISIEREN?

Dass die Wirtschaft sich von der EU-Politik begeistert zeigt, ist kein Wunder, sie profitiert ja überproportional von ihr. Aber sind deswegen schon alle anderen dumm, uninformatiert oder undankbar, wenn sie die EU-Politik kritisieren?

Von Melitta Aschauer, AK Wien (melitta.aschauer@akwien.at)

Fortgeschrittene Realitätsverweigerung...

Diesen Eindruck könnte man haben, wenn man die Reaktionen auf die Eurobarometerumfragen mit den schlechten Zustimmungswerten der Österreicherinnen und Österreicher liest und hört. Die beleidigte „EUroganz“ derer, die sich für Europa stark machen, ist so kontraproduktiv, dass man es auch an Wahlergebnissen ablesen kann. Die einzig wahren EuropäerInnen in Österreich wären gut beraten, mit den kritischen Pro-Europäerinnen einen Diskurs zu führen, statt sie als Nestbeschmutzer zu verunglimpfen oder sie für uninformatiert zu erklären. Denn die Europaskepsis in Österreich zu verringern wird mit weiteren Informationskampagnen allein sicher nicht gelingen.

...angesichts nachvollziehbarer EU-Skepsis

Es gibt nachvollziehbare Gründe, warum die Politik der EU auf Widerstand trifft. Wie etwa die Huldigung des goldenen Kalbes Binnenmarkt, die dazu führt, dass die Richter des europäischen Gerichtshofs den Mitgliedstaaten und Gewerkschaften die Luft zum Atmen nehmen könnten. Die vorschnelle Erweiterung in der Illusion, die notwendigen Grundlagen (Reform der Verträge) und die Akzeptanz der Bevölkerung werde sich schon mit der Zeit einstellen, hat in

der Europäischen Union zu einem weiteren Auseinandertriften der Interessen geführt. Das ist so groß, dass man eine neue Arbeitszeitregelung für Europa macht, aber keiner sich daran halten muss. Die Eurobarometerwerte rasseln in den Keller, die Eliten sind ob der Undankbarkeit der Befragten erbost und alle ändern haben Schuld daran, nur sie selbst nicht. Und dann kommt die große Drohgebärde: wenn ihr die EU nicht so wollt wie sie ist, dann tretet aus und ihr werdet sehen, wie schrecklich es ist, wenn ihr euren Pass wieder herzeigen und im Urlaub Geld wechseln müsst. Abgesehen, davon, dass ich mir Schrecklicheres vorstellen kann, wird durch so einen Vorschlag suggeriert, die Politik der EU müsse so sein, wie sie ist. Muss sie aber nicht und darf sie auch nicht, wenn man die Bürgerinnen und Bürger an Bord nehmen will. Aber, so die Beleidigten, die EU „kann einen Schmarren, wenn sie nicht zuständig ist“ (Zitat Erhard Busek). Der Euro, Schengen, der Vertrag von Prüm und andere Beispiele zeigen, dass man sehr wohl was machen kann, wenn es Mitgliedstaaten gibt, die das wollen.

Alternative EU-Politik ist möglich

Agieren und nicht Reagieren heißt das Gebot der Stunde. Nicht nur in Bezug auf die fatale Finanzkrise

sondern auch um künftige Krisen verschiedenster Art zu verhindern. Es gibt alternative Konzepte, die – zugegebenermaßen - mit Anstrengung, Geschick und Phantasie umgesetzt werden können. Die Politik der europäischen Union ändern zu wollen, ist per se weder peinlich noch schadet es dem Ansehen Österreichs oder der österreichischen Wirtschaft.

Europäische Ideen und Lösungen sind bunter und vielfältiger als sie in der Berufsblindheit der hauptberuflichen EuropäerInnen reflektiert werden. Es gibt fertige Konzepte über die Aufnahmefähigkeit der EU für künftige Erweiterungen, es gibt Konzepte für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für die Stärkung der sozialen Dimension. Wir erwarten von der künftigen Bundesregierung, dass sie sich mit diesen Vorschlägen auseinandersetzt und diese aktiv in Brüssel vertritt.

Europa ist in der Krise und es gibt wieder keinen Plan B. Jedes Gartenfest hat einen Plan B für den Schlechtwetterfall und für die Europapolitik würde ein Abgehen von eindimensionalem Denken in gewohnten Bahnen sicher eine Bereicherung sein. ♦